

[Schauen Sie sich bei Darstellungsproblemen diesen Rundbrief in Ihrem Browser an.](#)



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen

Sonder-Infobrief

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

auf diesem Weg möchte ich Ihnen gerne meinen untenstehenden, offenen Brief an Landrat Emanuel zukommen lassen.

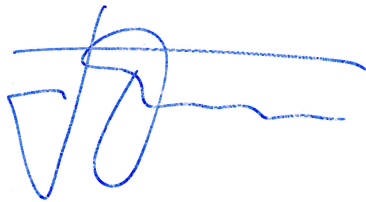
Aufgrund der seit dem 08.11.2021 systematischen Benachteiligung von Ungeimpften durch 2G und der somit akut drängenden Lage habe ich dieses Mittel der Kommunikation gewählt. Denn bei 2G handelt es sich um eine politische Machtdemonstration, durch die ohne gesundheitlich nachweisbaren Nutzen viele Bürger von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Dies kommt nicht nur einem indirekten Impfwang gleich, sondern wiegt auch die Geimpften in einer Scheinsicherheit, da diese genauso infektiös sein können und SARS-CoV-2 übertragen können wie die Ungeimpften. Das kann und will ich nicht hinnehmen!

Ebenso untenstehend finden Sie außerdem meine Pressemitteilung „Insolvenzen und Suizide steigen in Nordsachsen: Der Bürger leidet unter der Regierungspolitik!“ zur Kenntnisnahme.

Lassen Sie uns gemeinsam – im Sinne aller Bürger – dieser gefährlichen Spaltung der Gesellschaft namens 2G entgegenwirken! Für Rückfragen und Anregungen stehe ich Ihnen gerne jederzeit unter dieser E-Mail-Adresse (gudrun.petzold@slt.sachsen.de) zur Verfügung.

Ich freue mich auf Ihre Rückmeldungen!

Mit besten Grüßen



Gudrun Petzold
Mitglied im Sächsischen Landtag
Mitglied im Nordsächsischen Kreistag



Offener Brief



Gudrun Petzold
Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Herrn
Landrat Kai Emanuel
Landratsamt Nordsachsen
04855 Torgau

Dresden, den 08.11.2021

Offener Brief

2G – eine politische Machtdemonstration

Diese gesellschaftliche Spaltung abwenden, geplantem Lockdown und massiver Ausgrenzung von ungeimpften Nordsachsen und Sachsen gemeinsam entgegenzutreten!

Sehr geehrter Herr Landrat Emanuel,

da die Zeit drängt und die gesellschaftliche Spaltung durch die Corona-Politik immer rasanter voranschreitet, gestatten Sie mir bitte, mit einem offenen Brief an Sie heranzutreten!

Die Staatsregierung in Sachsen hebt den Sächsischen Landtag als Gesetzgeber und höchste Volksvertretung nun schon fast 24 Monate aus und treibt die gesellschaftliche Spaltung immer stärker voran.

Mit unglaublicher Geschwindigkeit sind Grund- und Freiheitsrechte, welche wir 1989 mühselig und mutig trotz der schussbereiten Schergen der SED erkämpft haben, in akuter Gefahr. Mit der geplanten Corona-Schutzverordnung, welche ab 08.11.2021 in Kraft tritt, wird eine gesellschaftliche Spaltung vorangetrieben und manifestiert, die kaum in Worte zu fassen ist.

Bürger, welche sich bisher individuell und frei gegen eine Corona-Schutzimpfung entschieden haben, werden nun wie im Mittelalter als „Aussätzig“ bzw. „Pestkranke“ behandelt, indem sie weitestgehend vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Dies gilt nicht nur für die Nutzung von Angeboten in Innenräumen, wie Schwimmbäder, Museen oder

Konzerthallen, sondern eben auch für Weihnachtsmärkte mit hohem Besucherandrang – gerade in unseren historischen nordsächsischen Städten wie Delitzsch, Eilenburg, Torgau und Oschatz! Gleiches gilt auch für die Gastronomie!

Der nachweislich gesunde Bürger wird ausgeschlossen und ausgegrenzt und es werden tiefe Risse durch Familien, Betriebe und die Gesellschaft gehen. Zudem steigt die Gefahr einer erneuten wirtschaftlichen Schieflage von Unternehmen und Einrichtungen, weil die Gäste zum Teil ausbleiben oder die Planungssicherheit nicht mehr vorhanden ist. Wie die Antworten der Staatsregierung auf meine Kleinen Anfragen zu Privat- und Unternehmensinsolvenzen in Nordsachsen gezeigt haben, hat sich die fatale Corona-Maßnahmenpolitik längst empfindlich in der Geldbörse der Bürger niedergeschlagen. Allein vom April 2020 zum April 2021 stieg die Zahl der beantragten Privatinsolvenzen in Nordsachsen um 260 Prozent. Die Zahl der Insolvenzen nordsächsischer Unternehmen verdoppelte sich in einzelnen Branchen im Jahresvergleich von 2019 zu 2020 (Näheres siehe beiliegende Pressemitteilung)!

Mittlerweile ist wissenschaftlich bestätigt, dass Geimpfte und Genesene sich sowohl mit SARS-CoV-2 infizieren als das Virus auch weitergeben können. Mit der Tatsache, dass infizierte Geimpfte das Virus weitergeben können – diese jedoch nicht getestet werden müssen – setzen sie insbesondere Risikogruppen bspw. in Alten- und Pflegeheimen einer unentdeckten, hohen Gefahr aus. Der Anspruch an die Corona-Schutzimpfung ist es nicht, eine Infektion zu unterbinden, sondern sie sollte den Geimpften lediglich vor einem schweren Verlauf oder dem Tod schützen. Die Impfung dient damit nur dem Eigenschutz und Eigennutz und nicht dem Schutz Anderer. Sie ist somit eine freiwillige, höchstpersönliche Entscheidung. Geimpfte und Genesene als potenzielle SARS-CoV-2-Überträger auszuschließen war und ist politisch töricht und gesundheitspolitisch eine Katastrophe.

Zudem fehlt eine verwertbare Datenbasis, denn so ist bspw. der Anteil der bisher unerkannten SARS-CoV-2 Infektionen in der Bevölkerung scheinbar deutlich höher als der Anteil der offiziell gemeldeten Infektionen. In einer deutschlandweit durchgeführten Antikörperstudie wurden Proben von Blutspendern untersucht. Nach der dritten Welle im April 2021 stieg die Häufigkeit SARS-CoV-2-spezifischer Antikörper auf insgesamt 17,3 Prozent. Auf die Bevölkerung zwischen 18 und 74 Jahren gerechnet, gab es demnach mehr als doppelt so viele unentdeckte Infektionen. Diese Tatsache spricht eindeutig dafür, dass es wohl weit mehr sogenannte „Genesene“ in der Bevölkerung gibt, als bisher durch einen PCR-Test bestätigt.

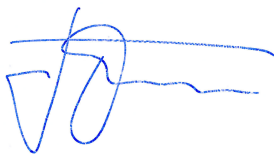
Mit diesem Wissen gibt es keine wissenschaftlich schlüssige Begründung, warum Personen, die unwissentlich bereits eine Infektion durchgemacht haben, aber bspw. keinen PCR-Nachweis erbringen können von sogenannten nachweislich Genesenen unterschieden werden sollen. Somit ist eine „2G“-Regelung wissenschaftlich nicht nachvollziehbar und nur eine politische Machtdemonstration.

Können wir als direkt gewählte Volksvertreter diese andauernde Unverhältnismäßigkeit einfach schweigend hinnehmen? Ist es nicht an der Zeit und auch unsere Pflicht, dieser gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken und nach außen hin deutlich wahrnehmbar der Demokratie wieder Leben einzuhauchen und den Bürgern eine starke Stimme zu geben?

Sehr geehrter Herr Landrat Emanuel, bitte kritisieren Sie diesen verfehlten Weg der Regierung öffentlich und fordern Sie bitte nachdrücklich eine Abkehr von der Ungleichbehandlung Ungeimpfter.

Lassen Sie uns parteiübergreifend als Vertreter der nordsächsischen Bürger zusammenstehen, dieser Spaltung der Gesellschaft gemeinsam entschieden entgegentreten, geschlossen für Einigkeit und Recht und Freiheit aller Sachsen eintreten und eine sofortige Aufhebung der gesellschaftsspaltenden Verordnungspolitik der Sächsischen Staatsregierung einfordern!

Mit freundlichen Grüßen



Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag

Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Nachrichtlich:

alle Bürgermeister im Landkreis Nordsachsen

alle Oberbürgermeister im Landkreis Nordsachsen

Presse

Anlage:

Pressemitteilung „Insolvenzen und Suizide steigen in Nordsachsen: Der Bürger leidet unter der Regierungspolitik!“

Pressemitteilung



08.11.2021

Die Zahl der beantragten Privatinsolvenzen in Nordsachsen ist im Monatsvergleich zu 2020 um bis zu 260 Prozent angestiegen. Die Zahl der Insolvenzen nordsächsischer Unternehmen verdoppelte sich in einzelnen Branchen im Jahresvergleich von 2019 zu 2020. Das geht aus Antworten der Staatsregierung auf aktuelle Anfragen der nordsächsischen AfD-Landtagsabgeordneten Gudrun Petzold hervor. [Lesen Sie hier die vollständige Pressemitteilung!](#)



Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!



Impressum / V.i.S.d.P.:

Gudrun Petzold, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Sie erreichen uns unter:

E-Mail: gudrun.petzold@slt.sachsen.de
Telefon: 0351 493 4276